

Wien, 26. Juni 2020

Sperrfrist: 26. Juni 2020, 10:30 Uhr

Prognose der österreichischen Wirtschaft 2020–2021

COVID-19-bedingte Rezession erfordert außergewöhnliche wirtschaftspolitische Anstrengungen

Die COVID-19-Pandemie und die notwendigen Maßnahmen zu ihrer Eindämmung haben eine äußerst tiefe globale Rezession ausgelöst. Die österreichische Wirtschaft ist im ersten Halbjahr historisch stark geschrumpft. Kommt es zu keiner größeren zweiten Infektionswelle, dürfte die Wirtschaftsleistung im Gesamtjahr 2020 um 7,3 % zurückgehen. Im kommenden Jahr sollte sich die Wirtschaft wieder erholen und um 5,8 % wachsen. Aufgrund der schweren Wirtschaftskrise wird erwartet, dass die Arbeitslosenquote im heurigen Jahr von 7,4 % auf 10,2 % ansteigt. Für nächstes Jahr wird ein Rückgang auf 9,2 % prognostiziert. Die Inflation dürfte mit Werten von 1,0 % bzw. 1,3 % moderat bleiben. Der tiefe Wirtschaftseinbruch und die notwendigen wirtschaftspolitischen Maßnahmen belasten die öffentlichen Haushalte schwer. Bei der Bewältigung der Krise sollte die Wirtschaftspolitik auf eine Stärkung der Wachstumskräfte setzen, was die erforderliche Haushaltskonsolidierung erleichtern würde.

Die heimische Wirtschaftsleistung ist im ersten Halbjahr voraussichtlich um 9,5 % gegenüber dem Vergleichszeitraum des Vorjahrs geschrumpft. Maßgeblich dafür waren die strengen Maßnahmen zur Eindämmung der COVID-19-Pandemie. Geschäfte, in denen nicht-lebensnotwendige Güter verkauft werden, sowie Schulen, Kindergärten, Restaurants, Kaffeehäuser, Freizeit- und Sporteinrichtungen wurden geschlossen. Da es, nicht zuletzt aufgrund der Ausgangsbeschränkungen, zu einem starken Rückgang der Nachfrage in einzelnen Branchen kam und zudem MitarbeiterInnen wegen Kinderbetreuungspflichten nicht zur Arbeit gehen konnten, kam es zu temporären Schließungen von Produktionsstätten. Starke negative Impulse kamen auch aus dem Ausland. Eine geringere Produktion in wichtigen Exportmärkten führte in weiterer Folge zu einer schwächeren Nachfrage nach Vorleistungsgütern aus Österreich. Maßnahmen zur Reduktion der Mobilität, etwa verstärkte Grenzkontrollen, beeinträchtigten die Just-in-time-Produktion. Damit kam es zu temporären Unterbrechungen von Lieferketten. Laut Schätzungen der Oesterreichischen Nationalbank betrug der Rückgang der wöchentlichen Wirtschaftsleistung in der Lockdown-Phase rund 25 % (Ende März bis Mitte April) bzw. 20 % (Mitte April bis Anfang Mai) (siehe den

wöchentlichen BIP-Indikator <https://www.oenb.at/Publikationen/corona.html>). Seit Mitte April werden die Maßnahmen zur Bekämpfung der Pandemie schrittweise zurückgenommen, und der Rückgang der wirtschaftlichen Aktivität beläuft sich seit Anfang Mai auf rund 10 %. Hinsichtlich der weiteren Entwicklung der Pandemie trifft das Institut für die aktuelle Prognose die Annahme, dass es zu keinem neuerlichen großflächigen Ausbruch kommt. Der Tiefpunkt der Rezession wurde voraussichtlich im zweiten Quartal erreicht, anschließend sollte die wirtschaftliche Aktivität wieder kräftig anziehen. Diese Entwicklung wird auch für die wichtigsten Handelspartner Österreichs unterstellt. Vor diesem Hintergrund erwartet das Institut für das Gesamtjahr 2020 einen Rückgang der Wirtschaftsleistung um 7,3 %. Im kommenden Jahr sollte die Wirtschaftsleistung um 5,8 % zulegen. Für die Wirtschaft im Euroraum wird ein Schrumpfen um 8,5 % bzw. ein Anstieg um 6,3 % erwartet.

Die COVID-19-Pandemie und insbesondere die Maßnahmen zu ihrer Eindämmung haben den stärksten Einbruch der Weltwirtschaft seit den 1930er Jahren verursacht. Ausgehend von China griff die Pandemie auf Europa über und erfasst gegenwärtig fast die gesamte Welt. Die wirtschaftlichen Stimmungsindikatoren in den betroffenen Ländern erreichten historische Tiefstände. Bereits im ersten Quartal ist die Wirtschaftsleistung im Euroraum gegenüber dem Vorquartal um 3,6 % zurückgegangen, wobei der Rückgang in Spanien, Frankreich, Italien und der Slowakei jeweils gut 5 % betrug. In den USA schrumpfte die Wirtschaft um 1,3 %. Im zweiten Quartal dürfte der Tiefpunkt der weltweiten Rezession erreicht worden sein, und die Weltwirtschaft sollte ab der Jahresmitte wieder expandieren. So scheint die Wirtschaft in China nach dem starken COVID-19-bedingten Einbruch im ersten Quartal bereits im zweiten Quartal wieder gewachsen zu sein. Seit Ende April werden auch in Europa die Eindämmungsmaßnahmen zunehmend gelockert und die Wirtschaftsaktivitäten langsam wieder ausgeweitet. Dies reflektieren auch verbesserte Stimmungsindikatoren, allerdings auf weiterhin sehr niedrigen Niveaus. Unterstützend wirken die äußerst umfangreichen geld- und fiskalpolitischen Maßnahmen, die zur Begrenzung der ökonomischen Folgen der COVID-19-Pandemie ergriffen wurden. Gegen eine rasche Rückkehr der Wirtschaftsleistung auf das Vorkrisenniveau spricht aber die große Unsicherheit, insbesondere über den weiteren Verlauf der Pandemie. Die gestiegene Arbeitslosigkeit und die weiterhin fortbestehenden Maßnahmen zur Eindämmung der Pandemie, die einige Branchen besonders treffen, dürften die Wirtschaftserholung ebenfalls dämpfen.

Vor diesem Hintergrund erwartet das Institut folgendes internationales Konjunkturbild. Nach einem Einbruch um 7,0 % dürfte die US-Wirtschaft im Jahr 2021 um 5,0 % zulegen. Im laufenden Jahr wird die Wirtschaft im Euroraum voraussichtlich um 8,5 % schrumpfen. Für das kommende Jahr wird ein Wachstum von 6,3 % erwartet. Anders als in der Finanzkrise 2008/2009 verzeichnen wohl auch die Schwellenländer einen starken Wirtschaftseinbruch. Somit erwartet das Institut für die Weltwirtschaft einen Rückgang

der Wirtschaftsleistung um 4,8 %. Im kommenden Jahr sollte die globale Wirtschaft um 5,3 % zulegen.

Üblicherweise wirkt der Konsum stabilisierend bei Konjunkturerinbrüchen. Von den gesundheitspolitisch motivierten Eindämmungsmaßnahmen war aber insbesondere der Dienstleistungsbereich betroffen. In der Lockdown-Phase wurden die Konsummöglichkeiten stark eingeschränkt; so kamen die wirtschaftlichen Aktivitäten im Handel mit nicht-lebensnotwendigen Gütern, im Tourismus sowie im Bereich Unterhaltung/Kultur fast vollständig zum Erliegen. Zusätzlich dürfte die hohe Unsicherheit die Ausgabebereitschaft dämpfen. Vor diesem Hintergrund erwartet das Institut einen Rückgang des privaten Konsums in Österreich um 4,4 % im heurigen Jahr. Nächstes Jahr sollte dieses Nachfrageaggregat um 4,6 % zulegen. Die Prognose impliziert einen Anstieg der Sparquote von 8,3 % auf 10,9 % im laufenden Jahr. Nächstes Jahr könnte die Sparquote wieder auf 8,9 % fallen.

In den vergangenen Jahren wurde kräftig investiert. Allerdings ist der ungewöhnlich lange Investitionszyklus bereits im Vorjahr ausgelaufen. Mit der Wirtschaftskrise sind die traditionell konjunkturreagiblen Investitionen eingebrochen. Die hohe Unsicherheit über die weitere Wirtschaftsentwicklung, die geringe Kapazitätsauslastung, die verschlechterte Eigenkapitalausstattung und die COVID-19-bedingten Einschränkungen in den Lieferketten belasten die Investitionen. Erst gegen Ende des Jahres könnten die Investitionen, auch gestützt von den Fördermaßnahmen der Regierung, wieder anziehen. Insgesamt erwartet das Institut einen Rückgang der Anlageinvestitionen um knapp 8 %. Während die Ausrüstungsinvestitionen um 12,5 % schrumpfen dürften, wird für die Bauten ein Minus von 2,5 % erwartet. Aufgrund der erwarteten internationalen Konjunkturaufhellung sollten die Anlageinvestitionen im Jahr 2021 um 4,1 % expandieren (Ausrüstungen 6,5 %, Bauten 1,5 %). Die Bruttoinvestitionen fallen im laufenden Jahr voraussichtlich um 11,1 % und sollten im kommenden Jahr um 4,2 % steigen.

Der starke Einbruch der Weltwirtschaft belastet den Welthandel. Bereits im ersten Quartal des laufenden Jahres lag der Welthandel um knapp 3 % unter dem Wert des Vorjahres. Im weiteren Jahresverlauf dürfte er noch deutlich stärker einbrechen, sodass für das Gesamtjahr 2020 ein Rückgang um 13 % erwartet wird. Mit dem Anziehen der Konjunktur sollte der Welthandel im nächsten Jahr wieder an Fahrt gewinnen und um 8 % ausgeweitet werden. Die starke Rezession bei den Haupthandelspartnern schlägt sich in der Entwicklung der heimischen Exportmärkte nieder. Schon vor dem Ausbruch der Corona-Krise im März waren die Warenexporte rückläufig. Für das Gesamtjahr 2020 erwartet das Institut einen Einbruch der realen Warenexporte um 10,0 %. Aufgrund der noch schlechteren Entwicklung der Dienstleistungsexporte, insbesondere im Tourismus, sollten die Gesamtexporte laut VGR um 11,3 % fallen. Mit der erwarteten internationalen Konjunkturerholung sollten auch die österreichischen Exportmärkte wieder merklich zulegen, sodass die Exporte im Jahr 2021 voraussichtlich um 9,0 %

expandieren werden. Die schwache Inlandsnachfrage und die rückläufigen Exporte lassen für das Jahr 2020 einen Rückgang der Importe laut VGR um 7,3 % erwarten. Nächstes Jahr sollten sie um 5,4 % zulegen.

Ausgehend von 2,0 % verlangsamte sich der Preisauftrieb im Jahresverlauf und sank im Mai auf 0,7 %. Die ohne Energie und Nahrungsmittel berechnete Kerninflation liegt gegenwärtig bei gut 1,5 %. Insbesondere der niedrige Rohölpreis dämpft den Preisanstieg. Im weiteren Jahresverlauf sind weder von der Konjunktur noch von den internationalen Rohstoffmärkten preistreibende Impulse zu erwarten, sodass das Institut eine Inflationsrate von 1,0 % für den Jahresdurchschnitt 2020 erwartet. Mit dem Wegfall des Basiseffekts bei den Energiepreisen dürfte die Inflationsrate im kommenden Jahr geringfügig auf 1,3 % steigen.

In den vergangenen Jahren hat sich der Arbeitsmarkt sehr positiv entwickelt. Mit dem Lockdown hat sich die Lage am Arbeitsmarkt jedoch schlagartig verschlechtert. Die Beschäftigung ist eingebrochen und die Zahl der registrierten Arbeitslosen ist stark gestiegen. Die Corona-Kurzarbeit hat einen noch stärkeren Zuwachs der Arbeitslosigkeit verhindert. Mit der zunehmenden wirtschaftlichen Aktivität verbessert sich die Lage am Arbeitsmarkt im Jahresverlauf etwas. Für den Jahresdurchschnitt 2020 erwartet das Institut eine Arbeitslosenquote laut nationaler Definition von 10,2 %, ausgehend von 7,4 % im Vorjahr. Im kommenden Jahr sollte die Beschäftigungsnachfrage wieder anziehen und die Arbeitslosenquote auf 9,2 % zurückgehen. Verstärkte Maßnahmen der aktiven Arbeitsmarktpolitik, neben klassischen Maßnahmen hinsichtlich Besteuerung und Abgaben, sind wohl notwendig, um potenzieller Langzeitarbeitslosigkeit entgegenzuwirken.

Im Einklang mit der internationalen Entwicklung hat die österreichische Bundesregierung zahlreiche fiskalpolitische Maßnahmen gesetzt, um den Wirtschaftseinbruch abzumildern und das „Hochfahren“ der Wirtschaft zu unterstützen. Im März wurde ein umfangreiches Hilfspaket in Höhe von 38 Mrd. Euro zur Bekämpfung der wirtschaftlichen Folgen der Pandemie aufgelegt. Inkludiert sind in diesem Paket ein Härtefallfonds vor allem für Kleinunternehmen, ein Corona-Hilfsfonds mit Garantien und Haftungen zur Kreditsicherung von Unternehmen und einem Fixkostenzuschuss, Steuerstundungen sowie Mittel zur Finanzierung von Kurzarbeitsbeihilfen. Dazu kommen unter anderem zusätzliche Mittel für den Gesundheitsbereich. Im Rahmen der Regierungsklausur Mitte Juni wurden weitere Maßnahmen (Investitionsförderungen, Steuerenkungen, Einmalzahlungen für Kinder und Arbeitslose, staatliche Investitionen) vorgestellt, sodass das Gesamtpaket einen Umfang von rund 50 Mrd. Euro aufweist. Insgesamt gesehen sind diese staatlichen Maßnahmen notwendig, um die Wirtschaft zu stabilisieren bzw. mittelfristig auf einen stabilen Wachstumskurs zu bringen; allerdings wird dadurch das Budget massiv belastet. Gegenwärtig geht das Institut von einem gesamtstaatlichen Defizit von 11,5 % des BIP aus. Nächstes Jahr könnte das Defizit auf 4,0 % des BIP zurückgehen. Die Abschätzung des Budgetdefizits ist aber mit großer

Unsicherheit behaftet. Nach Bewältigung der Krise sind jedenfalls Anstrengungen zur Haushaltskonsolidierung notwendig. Die Wirtschaftspolitik sollte durch die Förderung von Zukunftsinvestitionen in den Bereichen Bildung, Forschung und Entwicklung, Technologie und Infrastruktur die Wachstumskräfte der heimischen Volkswirtschaft stärken. Notwendig sind auch wirksame Maßnahmen zur Erreichung der Klimaziele. Reformen etwa in den Bereichen Pensionen und Föderalismus könnten Einsparungspotenziale heben.

Weiterhin dominieren die Abwärtsrisiken für die Weltkonjunktur. Die Unsicherheiten über Ausmaß und Dauer des wirtschaftlichen Einbruchs sind äußerst hoch. Aufgrund des atypischen Charakters dieser Krise mussten neue Messmethoden zur Abschätzung des Produktionsrückgangs herangezogen werden, die mit größerer Unsicherheit behaftet sind. Die Stärke und Nachhaltigkeit der Erholung hängen vom weiteren Verlauf der Pandemie und den resultierenden Eindämmungsmaßnahmen in Österreich und auch in anderen Ländern ab. Eine zweite Welle der Pandemie würde wohl zu einem geringeren Wirtschaftseinbruch als im Frühjahr führen, aber die Stimmung von KonsumentInnen und Unternehmen sowie die erwartete Erholung merklich dämpfen. Trotz der zahlreichen Stützungsmaßnahmen kann ein verstärktes Auftreten von Unternehmensinsolvenzen im Herbst und Winter nicht ausgeschlossen werden. Auch abseits der COVID-19-Pandemie bestehen Abwärtsrisiken. So könnten protektionistische Tendenzen im Welthandel wieder zunehmen. Eine Verschärfung des Handelskonflikts zwischen den USA und China, und insbesondere zwischen den USA und der Europäischen Union, würde die europäische Konjunktur bremsen. Weiterhin herrscht Unsicherheit über die finale Ausgestaltung der Handelsbeziehungen zwischen der EU und dem Vereinigten Königreich. Bezüglich der inländischen Risiken könnten die hohe Unsicherheit über die weitere Wirtschaftsentwicklung sowie die stark gestiegene Arbeitslosigkeit den Aufschwung stärker dämpfen als erwartet. Allerdings bestehen auch Aufwärtsrisiken. Möglicherweise ist der Einbruch der heimischen Wirtschaft doch schwächer ausgefallen als momentan eingeschätzt und die wirtschaftliche Erholung könnte schneller erfolgen als erwartet, insbesondere dann, wenn die Suche nach einem wirksamen Medikament bzw. einem Impfstoff gegen das Coronavirus rascher Erfolg zeigt als erwartet.

Tabelle 1: Wichtige Prognoseergebnisse
Veränderungen gegenüber Vorjahr in Prozent

	2019	2020	2021
Bruttoinlandsprodukt, real	1,6	-7,3	5,8
Privater Konsum, real	1,4	-4,4	4,6
Bruttoinvestitionen, real	2,4	-11,1	4,2
Bruttoanlageninvestitionen, real	2,7	-7,9	4,1
Ausrüstungsinvestitionen, real	2,9	-12,5	6,5
Bauinvestitionen, real	2,4	-2,5	1,5
Inlandsnachfrage, real	1,4	-4,9	3,8
Exporte i. w. S., real	2,9	-11,3	9,0
Waren, real (laut VGR)	2,1	-10,0	7,8
Reiseverkehr, real (laut VGR)	3,0	-28,0	25,0
Importe i. w. S., real	2,7	-7,3	5,4
Waren, real (laut VGR)	1,9	-6,3	4,3
Reiseverkehr, real (laut VGR)	1,3	-20,5	17,0
Unselbständig Aktiv-Beschäftigte	1,6	-2,5	1,5
Arbeitslosenquote: Nationale Definition*	7,4	10,2	9,2
Arbeitslosenquote: Eurostat-Definition*	4,5	5,8	5,3
Bruttolohnsumme pro Aktiv-Beschäftigten	2,7	0,5	1,0
Preisindex des BIP	1,7	1,5	1,1
Verbraucherpreisindex	1,5	1,0	1,3
Budgetsaldo Maastricht in % des BIP*	0,7	-11,5	-4,0
3-Monats-Euribor*	-0,4	-0,4	-0,4
10-Jahres-Rendite österreichischer Staatsanleihen*	0,0	-0,1	0,1

Quelle: Statistik Austria, eigene Berechnungen

*absolute Werte

Tabelle 2: Internationale Rahmenbedingungen
 Veränderungen gegenüber Vorjahr in Prozent

	2017	2018	2019	2020	2021
BIP, real					
Deutschland	2,5	1,5	0,6	–6,0	5,0
Italien	1,7	0,8	0,3	–10,0	6,0
Frankreich	2,3	1,8	1,5	–10,5	7,5
Vereinigtes Königreich	1,9	1,3	1,4	–8,5	6,0
Schweiz	1,8	2,8	0,9	–5,8	4,5
USA	2,4	2,9	2,3	–7,0	5,0
Japan	2,2	0,3	0,7	–5,0	2,8
China	6,9	6,7	6,1	–0,3	7,0
Polen	4,9	5,3	4,1	–4,8	4,8
Slowakei	3,0	3,9	2,4	–9,0	5,5
Tschechien	4,4	2,8	2,6	–7,5	5,0
Ungarn	4,3	5,1	4,9	–5,5	4,5
Slowenien	4,8	4,1	2,4	–6,8	4,5
MOEL-5 ¹	4,5	4,6	3,7	–5,9	4,8
Bulgarien	3,5	3,1	3,4	–5,8	4,8
Rumänien	7,1	4,4	4,1	–5,5	4,8
Kroatien	3,1	2,7	2,9	–9,0	5,0
Russland	1,8	2,5	1,3	–5,0	3,0
Euroraum	2,5	1,9	1,3	–8,5	6,3
NMS-6 ²	5,0	4,5	3,9	–5,7	4,8
EU-27 ³	2,7	2,1	1,5	–8,2	6,2
OECD	2,7	2,3	1,7	–6,8	4,7
Welt	3,9	3,4	2,7	–4,8	5,3
Welthandel (Waren laut CPB)	4,8	3,3	–0,3	–13,0	8,0
Österreichische Exportmärkte	5,8	3,7	1,7	–12,0	7,8
USD/EUR Wechselkurs*	1,13	1,18	1,12	1,12	1,13
Rohölpreis*	54,8	71,7	64,6	40,8	47,5

Quelle: Eurostat, IWF, OECD, CPB, nationale statistische Ämter, eigene Berechnungen

*absolute Werte

¹MOEL-5: Polen, Slowakei, Tschechien, Ungarn, Slowenien

²NMS-6: Polen, Tschechien, Ungarn, Bulgarien, Rumänien, Kroatien

³ohne Vereinigtes Königreich

Rückfragehinweise

2020 Institut für Höhere Studien – Institute for Advanced Studies (IHS)

Josefstädter Straße 39, A-1080 Wien

T +43 1 59991-0

F +43 1 59991-555

www.ihs.ac.at

ZVR: 066207973

Kontakt

Martin G. Kocher

T +43 1 59991-125

E direktion@ihs.ac.at

Helmut Hofer

T +43 1 59991-251

E hofer@ihs.ac.at

Klaus Weyerstraß

T +43 1 59991-233

E klaus.weyerstrass@ihs.ac.at

Paul Glück (Public Relations)

T +43 660 150 5001

E glueck@paulglueck.com